



CH-3003 Bern

GS-UVEK; ard

POST CH AG

**A+**

Verein Verträgliche Starkstromleitung Reusstal  
VSLR  
Stephan Bärtschi (Präsident)  
Wolfetsmattweg 22  
5524 Niederwil

Aktenzeichen: GS-UVEK-621.32-17/1  
**Bern, 2. Oktober 2023**

### **Aufsichtsbeschwerde im Zusammenhang mit dem Sachplan Übertragungsleitung 611 (SÜL 611)**

Sehr geehrter Herr Bärtsch

Beiliegend erhalten Sie die beim UVEK eingegangene Stellungnahme des Bundesamts für Energie (BFE) zu Ihrer oben erwähnten Aufsichtsbeschwerde.

Allfällige Bemerkungen sind bis am **31. Oktober 2023** einzureichen. Im Übrigen wird die Angelegenheit als spruchreif erachtet.

Freundliche Grüsse

Generalsekretariat GS-UVEK

  
Christoph Julmy  
Leiter Rechtsdienst



Kopie an (per Geschäftsverwaltungssystem UVEK):

– Bundesamt für Energie (BFE), 3003 Bern



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr,  
Energie und Kommunikation UVEK

**Bundesamt für Energie BFE**  
Elektrizitäts- und Wasserrecht

3003 Bern

POST CH AG  
BFE-351.1-8/25/26; kl

**GS/UVEK**

29. Sep. 2023

Nr.

**Per Kurier**

Generalsekretariat GS-UVEK

Herr Christoph Julmy

Bundeshaus Nord

3003 Bern

Ihr Zeichen: GS-UVEK-621.32-17/1  
Ittigen, 28. September 2023

## **Aufsichtsanzeige im Zusammenhang mit dem Sachplan Übertragungsleitungen, Objektblatt 611 (SÜL 611)**

### **Stellungnahme des Bundesamts für Energie (BFE)**

Sehr geehrter Herr Julmy

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 29. August 2023 haben Sie uns die Aufsichtsanzeige bzw. -beschwerde des Vereins Verträgliche Starkstromleitung Reusstal (VSLR) gegen das Bundesamt für Energie (BFE) vom 28. August 2023 zugestellt. Dies verbunden mit der Möglichkeit zur Stellungnahme bis am 2. Oktober 2023. Mit der heutigen Eingabe ist diese Frist gewahrt.

Aus formeller Sicht halten wir fest, dass die Frage, ob beim Entscheid über die Festsetzung eines Plankorridors für die Höchstspannungsleitung Reusstal ein Berechnungsfehler vorlag und eine Neuurteilung nötig sei, im Rahmen der Interpellation 23.3564 von Frau Nationalrätin Gabriela Suter (eingereicht am 4. Mai 2023) vom Bundesrat bereits beantwortet wurde. Der Bundesrat hielt in seiner Antwort vom 28. Juni 2023 fest, dass «sich der Vorwurf des Vereins Verträgliche Starkstromleitung Reusstal (VSLR) als unzutreffend» erweise und der Bundesrat «keinen Anlass» sehe, «auf seinen Entscheid zurückzukommen». Damit wurde der Gegenstand der vorliegend zu beurteilenden Aufsichtsbeschwerde des VSLR vom Bundesamt, d.h. von der obersten Verwaltungsinstanz, bereits zur Kenntnis genommen und beantwortet. Die Aufsichtsbeschwerde erübrigt sich damit.

Weiter halten wir – ebenfalls aus formeller Sicht – fest, dass Sachpläne des Bundes gegenüber von privaten Dritten keine Bindungswirkung haben. Dies gilt auch für die Leitungsbauvorhaben, die im SÜL geplant werden. Privatpersonen können jedoch – wie der Beschwerdeführer dies unter N25 auf Seite 7 der Aufsichtsbeschwerde selber ausführt – allfällige Mängel des Sachplanverfahrens im nachfolgenden Plangenehmigungsverfahren rügen und gegen eine Plangenehmigung die entsprechenden Rechtsmittel erheben. Das rechtliche Gehör der Privatpersonen ist damit gewährleistet. Auch aus diesen Gründen erübrigt sich im vorliegenden Fall die Durchführung eines Aufsichtsverfahrens.

Bundesamt für Energie BFE  
Olivier Klaus  
3003 Bern  
Standort: Pulverstrasse 13, 3063 Ittigen  
Tel. +41 58 462 56 47, Fax +41 58 463 25 00  
Olivier.Klaus@bfe.admin.ch  
<http://www.bfe.admin.ch/>





Aus materieller Sicht ist festzuhalten, dass der VSLR vom BFE im Rahmen seiner verschiedenen Anträge zur Akteneinsicht nach dem Öffentlichkeitsgesetz (BGÖ; SR 152.3) umfassende Akteneinsicht erhielt, was der Beschwerdeführer mit seiner umfangreichen Eingabe bestätigte. Zudem erklärte das BFE dem Beschwerdeführer ausführlich, wie es im genannten Sachplanverfahren zur Beschlussfassung in der Begleitgruppe kam. Das BFE legte dar, dass das Protokoll der Sitzung vom 19. März 2023 zwar für unbeteiligte Dritte möglicherweise nicht eindeutig nachvollziehbar sei, für die beteiligten Mitglieder der Begleitgruppe jedoch kein Anlass zu Kritik gegeben habe. Für letztere war klar, dass die in der Excelliste (Beilage 1 zum Protokoll der der genannten Sitzung) eingetragenen Punkte gemeinschaftlich abgestimmt waren. In diesem Zusammenhang weisen wir darauf hin, dass die Mitglieder der Begleitgruppe jeweils die Gelegenheit hatten, sich zu den Protokollen sowie zu den Beilagen zu äussern. Zum Protokoll der der Sitzung vom 19. März 2018 inkl. Beilagen gingen beim BFE keine Vorbehalte hinsichtlich der Bepunktungen ein. Es ist anzumerken, dass im gesamten Folgeprozess die Eintragung der Punkte in der Excelliste von keiner der in der Begleitgruppe vertretenen Fachstellen hinterfragt wurde. Es kann daher ohne Weiteres davon ausgegangen werden, dass kein «Übertragungsfehler» vorlag, wie dies vom VSLR geltend gemacht wurde.

Im Weiteren war die Bepunktung für die Entscheidungsfindung bzw. die Empfehlung der Begleitgruppe letztendlich nicht mehr als eine Hilfestellung für die anschliessenden Diskussionen zur Interessenabwägung. Wie wir in unseren Antworten an den VSLR mehrfach ausführten, haben die im Rahmen der Bewertung gemäss dem Bewertungsschema vergebenen Punkte nur eine eingeschränkte Bedeutung. Massgeblich für die Entscheidungsfindung sind vielmehr die gestützt auf die verschiedenen Kriterien geführten Diskussionen. Umfangreiche Diskussionen und eine gesamtheitliche Interessenabwägung haben stattgefunden, was die der Aufsichtsbeschwerde beigelegten Protokolle belegen. Wenn bei der Übertragung der Bepunktung tatsächlich solch gravierende Fehler gemacht worden wären, wie dies vom VSLR ins Feld geführt wurde, wäre dies in den anschliessenden fachlichen Diskussionen erkannt worden, denn die vom VSLR geforderte Vollverkabelung hätte sich auch argumentativ durchsetzen müssen. Dies war jedoch nicht der Fall. Alle entscheidungsrelevanten Argumente der Begleitgruppe sind in das Objektblatt und den erläuternden Bericht eingeflossen. Diese Dokumente waren sodann die Basis für den Bundesratsbeschluss vom 31. August 2022 über die Festsetzung des Planungskorridors im SÜL 611. Ergänzend verweisen wir an dieser Stelle auf unsere Ausführungen in den Antworten an den VSLR sowie auf die Antworten des Bundesrates zur vorgenannten Interpellation 23.3564.

Die Behauptung des VSLR, wonach die Entscheidungsgrundlage für den genannte Beschluss grob mangelhaft war, ist damit widerlegt und der Antrag auf Neubeurteilung des Planungskorridors ist unbegründet.

Das BFE **beantragt** dem GS-UVEK aus den vorgenannten Gründen, der Aufsichtsbeschwerde des VSLR vom 28. August 2023 keine weitere Folge zu geben.

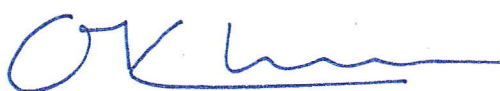
Für die Beantwortung allfälliger Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Bundesamt für Energie



Cédric Mooser  
Leiter Elektrizitäts- und Wasserrecht



Olivier Klaus  
Leiter Sachplan- und  
Plangenehmigungsverfahren/Stv.  
Elektrizitäts- und Wasserrecht

2-fach